

Dänemark

WOLFGANG SCHUMANN

Das wichtigste Ereignis in der EG-Politik des Landes im Jahre 1987 war ohne Zweifel die Übernahme der Präsidentschaft zum 1. Juli, gleichzeitig mit Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA). Dänemark, das diesem Reformwerk immer sehr kritisch gegenübergestanden hatte, fiel die Aufgabe zu, erste Schwerpunkte in der Anwendung der neuen Bestimmungen zu setzen. Für einen der zentralen Bereiche der EEA, den Binnenmarkt, waren in Dänemark im Zuge des Referendums neue Regelungen zur Beteiligung von Marktausschuß und Folketing an den entsprechenden Entscheidungsprozessen ausgearbeitet worden¹, die im Jahre 1987 erstmalig zur Anwendung kamen.

Die dänische Ratspräsidentschaft

In der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ)² verdienen vor allem zwei Initiativen der dänischen Präsidentschaft hervorgehoben zu werden. Dabei handelt es sich einmal um die Einrichtung einer besonderen Arbeitsgruppe für Menschenrechte innerhalb der EPZ, die im Oktober beschlossen wurde. Die Hauptaufgaben dieser Arbeitsgruppe sollen in der Ausarbeitung von Vorschlägen für ein gemeinsames Auftreten im Falle von Menschenrechtsverletzungen und der systematischen Sammlung von Unterlagen über die Menschenrechtssituation in einzelnen Ländern bestehen. Außerdem soll sie Koordinierungsfunktionen zwischen den Mitgliedstaaten in den internationalen Organisationen übernehmen, in denen Menschenrechtsfragen eine Rolle spielen, vor allem in den Vereinten Nationen³. Zum zweiten fand anläßlich der UN-Generalversammlung im September auf Initiative der dänischen Präsidentschaft erstmalig ein Treffen zwischen den Außenministern der Zwölf und dem amerikanischen Außenminister Shultz statt⁴. Beide Initiativen spiegeln sehr deutlich dänische Grundorientierungen und -interessen wider⁵.

Bei der eigentlichen Gemeinschaftspolitik konzentrierte sich die Arbeit sehr stark auf die für die Zukunft der EG zentralen Fragen, die im zweiten Halbjahr 1987 zur Entscheidung anstanden: Die Finanzierung der Gemeinschaft, die Ausstattung der Strukturfonds und eine Anpassung der Gemeinsamen Agrarpolitik. Die Präsidentschaft legte Ende Juli einen Arbeits- und Zeitplan zur Erörterung dieser Fragen vor, der die Zustimmung aller Mitgliedstaaten fand. Die Kommission wurde aufgefordert, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Diese Vorschläge wurden am 14. September anläßlich einer Ratstagung der Außenminister

vorgelegt und im Oktober bzw. November für die Bereiche Anwendung der Stabilisatoren in der Agrarpolitik bzw. Korrektur der Haushaltsungleichgewichte ergänzt. Nachdem auf verschiedenen Ratstagungen im Oktober und November darüber keine Einigung zu erzielen war, präsentierte die dänische Ratspräsidentschaft Ende November einen eigenen Kompromißvorschlag, der im wesentlichen aus den folgenden Elementen bestand⁶:

- Einer Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik mit dem Ziel, die Überschußproduktion und damit auch die stark steigenden Ausgaben hierfür zu reduzieren. Dies sollte durch eine entsprechende Preispolitik, ergänzt durch begleitende Maßnahmen, wie Flächenstillegung und Mitverantwortungsabgabe, erreicht werden.
- Einer wesentlichen Erhöhung in der Ausstattung der Strukturfonds und der Konzentration dieser Mittel auf die ärmsten Regionen.
- Der Schaffung der finanziellen Voraussetzungen für die Durchführung neuer gemeinschaftlicher Politiken, vor allem in den Bereichen Forschung und Technologie, Industriepolitik sowie Umweltschutz und Arbeitsumwelt.

Erklärtes Ziel dieses Vorschlags war es, die eigentliche Finanzierungsreform mit einer Reform von Strukturen und Inhalten der Zusammenarbeit zu verbinden, um auf diese Weise einen Kompromiß zu ermöglichen, der einen Rahmen für die Entwicklung der Gemeinschaft in den nächsten Jahren schaffen würde⁷. Bemerkenswert dabei sind nicht zuletzt die Vorschläge zur Agrarpolitik, denn deren Realisierung hätte auch negative Folgen für die dänische Landwirtschaft gehabt⁸. Die Staats- und Regierungschefs konnten sich jedoch bei ihrem Dezember-Treffen in Kopenhagen weder auf diesen Vorschlag noch auf eine revidierte Version verständigen, die im Lichte der Beratungen des ersten Tages erstellt worden war, so daß die Entscheidung darüber auf den Sondergipfel im Februar 1988 verschoben werden mußte.

Im Zentrum der Aktivitäten der dänischen Präsidentschaft stand daneben vor allem der Binnenmarkt, ging es doch hier darum, die neuen Bestimmungen der EEA umzusetzen. Das hieß zunächst einmal, daß sich die Kommission dazu äußern mußte, in welchen Fällen sie bei bereits vorliegenden Vorschlägen die Rechtsgrundlage – normalerweise von Artikel 100 zu 100 A – ändern wollte⁹. Zum zweiten hatte der Rat darüber zu befinden, auf welche Weise man die neuen prozeduralen Regelungen, vor allem die erweiterten Möglichkeiten für Mehrheitsentscheidungen, in der Praxis anwenden wollte. Eine informelle Ministertagung (Binnenmarkt) Anfang September verständigte sich darauf, daß der Rat nach wie vor versuchen solle, konsensuale Lösungen zu finden. Wenn dies nicht möglich sei – auch darüber bestand Einigkeit – müsse allerdings wie vorgesehen mit qualifizierter Mehrheit entschieden werden. Zum dritten schließlich mußten sich alle Beteiligten – Kommission, Rat und Parlament – mit den Neuregelungen für die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament vertraut machen.

Obwohl die Präsidentschaft einen nicht unbeträchtlichen Teil ihrer Ressourcen für diese prozeduralen Fragen aufwenden mußte, gelang es dennoch, insgesamt

29 formelle und de-facto-Entscheidungen über Vorschläge zum Binnenmarkt zu treffen¹⁰. Davon konnten neun Vorschläge endgültig beschlossen werden; bei 16 weiteren traf der Rat eine Entscheidung über eine gemeinsame Haltung, die zur zweiten Anhörung dem Parlament übersandt wurde. Bei einzelnen Vorschlägen konnte keine Entscheidung getroffen werden, obwohl die notwendige Zustimmung im Rat vorhanden war; entweder lagen diese Vorschläge nicht in einer technisch fertigen Form vor, oder die erste Äußerung des Parlaments fehlte.

Die Vorschläge, die endgültig verabschiedet worden sind, fallen in drei Gruppen. Einmal zwei Richtlinien, die Grenzwerte für die Abgase von Pkw bzw. gewerblich genutzten Lkw festlegen. Beide wurden mit qualifizierter Mehrheit gegen den Widerstand Dänemarks (!)¹¹, das die Grenzwerte für zu hoch hielt, verabschiedet. Die zweite Gruppe umfaßte vier Vorschläge im Luftverkehrsbereich, die Wettbewerbsregeln sowie Regelungen für Gebühren und gegenseitige Absprachen festlegen. Eine dritte Gruppe schließlich betraf den landwirtschaftlichen Bereich. Die Vorschläge der Kommission vom August zur Beseitigung der steuerlichen Hemmnisse im Binnenmarkt-Bereich wurden formell erst auf einer Ratstagung Mitte November präsentiert und noch nicht in der Substanz behandelt¹².

Daneben hat die dänische Präsidentschaft mit ihrem Engagement im Bereich der internationalen Handelspolitik sehr bewußt einen eigenen Schwerpunkt gesetzt. Dies kann nicht überraschen, ist das Land doch stark exportabhängig und besitzt von daher ein fundamentales Interesse an der Stärkung und Entwicklung einer liberalen Welthandelsordnung¹³. Die wichtigsten Themen im zweiten Halbjahr 1987 waren hier die Uruguay-Runde sowie die Beziehungen der Gemeinschaft zur EFTA, den USA und zu Japan.

Im Rahmen der Uruguay-Runde sollte nach dänischer Auffassung die besondere Aufmerksamkeit Fragen der Agrarhandelspolitik gelten, insbesondere einer besseren Ausbalancierung zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Weltmarkt. Wichtig dabei war für Dänemark, daß alle Länder durch eine Anpassung ihrer Produktion und eine stärkere Marktorientierung einen Beitrag dazu leisteten¹⁴. Außerdem sollten die derzeit in Gang befindlichen Reformbemühungen bei der Gemeinsamen Agrarpolitik der EG bei zukünftigen internationalen Verhandlungen gutgeschrieben werden. Des weiteren sollten der Dienstleistungssektor, der etwa ein Viertel des gesamten dänischen Exports ausmacht, sowie die Berücksichtigung der besonderen Interessen der Entwicklungsländer im Vordergrund stehen, wobei allerdings auch anzustreben sei, daß die Entwicklungsländer sich nach und nach den allgemeinen GATT-Regeln unterwerfen und eine Mitverantwortung für die Welthandelsordnung übernehmen¹⁵.

In den Beziehungen zu den EFTA-Ländern ging es nach dänischer Auffassung vor allem darum, parallel zur Verwirklichung des Binnenmarkts die gegenseitige Zusammenarbeit zu intensivieren, um auf diese Weise die Vorteile eines großen europäischen Marktes ohne Handelshemmnisse im größtmöglichen Umfang auf der Basis der Gegenseitigkeit auch auf diese Ländergruppe auszudehnen. In die-

sem Sinne führte die dänische Präsidentschaft auch die Vorbereitungen für ein EG-EFTA-Ministertreffen durch, das dann im Februar 1988 stattfand.

In den handelspolitischen Beziehungen zu den USA, geprägt durch Konflikte vor allem im Bereich des Agrarhandels, ging es Dänemark in erster Linie darum, durch einen ständigen Dialog protektionistische Maßnahmen zu vermeiden. Allerdings sollte die EG im Rahmen der GATT-Regeln Gegenmaßnahmen ergreifen, wenn die USA durch einseitige Akte Rechte der Gemeinschaft verletzen¹⁶. Die gleiche grundsätzliche Haltung sollte gegenüber Japan eingenommen werden, wobei es hier aus dänischer Sicht insbesondere um eine spürbare und effektive Öffnung des japanischen Markts ging. Besondere Bedeutung wurde hierbei den Gesprächen zwischen Kommission und japanischer Administration beigegeben, in deren Rahmen die Probleme für die europäischen Exporteure in konkreten einzelnen Bereichen erörtert werden.

Wie in Dänemark üblich und selbstverständlich, war die Ratspräsidentschaft auch Gegenstand intensiver Erörterungen im Folketing. Die Debatte direkt vor Beginn der dänischen Präsidentschaft¹⁷ brachte keine Veränderungen bei den Positionen der Parteien und Fraktionen zur Arbeit der EG und den Aufgaben für die dänische Ratspräsidentschaft. Allerdings kam es zu einer interessanten Kontroverse zwischen Opposition und Regierung im Hinblick auf die Rolle des Marktausschusses bei der Wahrnehmung der Präsidentschaftsaufgaben. So forderte der Sprecher der Sozialdemokraten die Unterrichtung und Einbeziehung des Marktausschusses nicht nur bei der Festlegung des Verhandlungsmandats für die dänische Delegation, sondern auch mit Blick auf die Präsidentschaftsaufgaben. Es sei notwendig, so Nørgaard, daß die Regierung hier sehr offen gegenüber dem Marktausschuß agiere, der seinerseits dann auch bereit sei, ihr die notwendige Handlungsfreiheit zu gewähren. Diese Zusammenarbeit sei um so notwendiger, als mitten in der Präsidentschaftszeit, im September, gewählt würde, und vor diesem Hintergrund nur die Zusammenarbeit mit dem Parlament die notwendige Kontinuität bei einem etwaigen Regierungswechsel sichere¹⁸. Etwas andere Akzente in seiner Argumentation setzte der Vertreter der Sozialistischen Volkspartei. Er wies darauf hin, daß bei unzureichender Einbeziehung des Marktausschusses in die Präsidentschaftsarbeit die Situation entstehen könne, daß die Regierung einen Kompromißvorschlag als Präsidentschaftsmacht unterbreite, für den die dänische Delegation im Ausschuß dann gar kein Mandat bekommen würde¹⁹. Die Regierung machte in der Debatte dann allerdings unmißverständlich klar, daß sie nicht beabsichtige, ihr Programm für die Präsidentschaft oder Kompromißvorschläge zu Einzelfragen dem Ausschuß vorzulegen; dies sei schon aus praktischen Gründen unmöglich. Außerdem habe der Ausschuß ja dann die Möglichkeit, sich zu äußern, wenn die dänische Position zu derartigen Kompromißvorschlägen festgelegt werde²⁰.

Die Beteiligung des Folketing an Entscheidungen im Bereich des Binnenmarkts

Ziel der neuen Regelungen zur Beteiligung von Marktausschuß und Folketing an den Entscheidungsprozessen im Binnenmarkt-Bereich ist es unter anderem, dem Marktausschuß die Möglichkeit zu geben, diejenigen Vorschläge, die er für wichtig hält, für eine Behandlung im Plenum des Folketing auszuwählen. Damit soll der Regierung und den Fraktionen die Gelegenheit eröffnet werden, möglichst frühzeitig im Entscheidungsprozeß ihre grundsätzliche Haltung zu einzelnen Kommissionsvorschlägen darzulegen²¹. Die erste Debatte dieser Art fand im Dezember 1987 statt und wurde von allen Fraktionen zum Anlaß genommen, um noch einmal ihre grundsätzliche Einschätzung zu der Neuregelung zu erläutern. Sowohl die Vertreter der vier Koalitionsparteien wie auch der Radikalliberalen und Sozialdemokraten äußerten sich dabei positiv und brachten ihre Hoffnung zum Ausdruck, mit den Plenardebatten über Binnenmarkt-Richtlinien eine breitere Information und Beteiligung der Öffentlichkeit zu erreichen. Daß dies allerdings nicht ganz einfach sein würde, zeigten das sehr spärlich besetzte Plenum und die fast völlig leere Pressetribüne²².

Von den insgesamt zehn Vorschlägen, die zur Erörterung anstanden, beschäftigten sich drei mit dem Baubereich, wobei es einmal um die Festlegung einheitlicher technischer Regeln und Normen für Bauprodukte, zum anderen um öffentliche Bauaufträge ging, deren Vergabe durchsichtiger gemacht werden sollte. Die sieben anderen betrafen den Bereich der Steuerharmonisierung²³. Es ist selbstverständlich nicht möglich, bei zehn Richtlinien-Vorschlägen mit sehr komplizierten, technischen Inhalten auf Einzelheiten einzugehen. Die nachfolgenden Ausführungen beschränken sich deswegen auf die Darstellung der wesentlichen Argumente, die ausgetauscht wurden, und der Mehrheitsverhältnisse, die sich hinsichtlich der einzelnen Vorschläge ergaben.

Die drei Vorschläge zum Baubereich wurden von den Vertretern aller vier Koalitionsparteien außerordentlich positiv bewertet²⁴. Eine Harmonisierung auf diesem Sektor käme ganz ohne Zweifel den dänischen Unternehmen zugute, die angesichts ihrer Wettbewerbsfähigkeit den großen europäischen Markt dazu nutzen könnten, um ihre Exporte zu erhöhen. Darüber hinaus signalisierten aber auch die Radikalliberalen und die Sozialdemokraten Zustimmung, wobei Vertreter beider Fraktionen allerdings klarmachten, daß die Harmonisierung im Bereich Bauprodukte auf einem hohen Niveau bezogen auf Fragen von Sicherheit und Gesundheit erfolgen müsse²⁵. Allerdings gab es auch Einwände zu Einzelheiten der Ausgestaltung der Richtlinien, die unter anderem die Frage der Überwachung und Durchsetzung der Regelungen in anderen Mitgliedstaaten betrafen. Insgesamt war aber doch eine breite Zustimmung und von daher auch eine ganz klare Mehrheit für die drei Vorschläge vorhanden.

Besonders wichtig ist die Frage nach den Mehrheitsverhältnissen bei den restlichen sieben Vorschlägen, ist doch – darauf wiesen die Sprecher mehrerer Fraktionen ausdrücklich hin²⁶ – im Bereich der Steuerharmonisierung nach wie vor

Einstimmigkeit im Rat erforderlich. Die Konservative Volkspartei, die stärkste Kraft in der Vierer-Koalition, meldete größte Bedenken gegenüber den Kommissionsvorschlägen an. Ihr Sprecher verwies darauf, daß sich das dänische Steuersystem und die Finanzierung der öffentlichen Ausgaben grundsätzlich von der Praxis in anderen Mitgliedstaaten unterscheide. Dies führe dazu, daß eine Realisierung der Kommissionspläne beträchtliche Einnahmeeinbußen für die dänische Staatskasse zur Folge hätte. Darüber hinaus würde eine Angleichung der Abgaben auf Alkoholika und Zigaretten oder Mineralölprodukte die gesundheits- bzw. energiepolitischen Zielsetzungen der Regierung konterkarieren²⁷. Ähnlich argumentierten auch die Zentrumsdemokraten²⁸ und die Christliche Volkspartei²⁹; nur die Liberalen hielten als einzige Partei der Vierer-Koalition die Vorschläge mit gewissen Veränderungen für eventuell akzeptabel³⁰. Vehemente Kritik mit ähnlichen Argumenten kam auch von den Radikalliberalen und den Sozialdemokraten und – noch schärfer – von der Sozialistischen Volkspartei, für die eine Realisierung der Vorschläge einer „nationalen Katastrophe“ gleichkäme³¹. Fazit: Die Vorschläge zur Steuerharmonisierung hatten und haben in Dänemark auch nicht die geringste Chance, jemals eine Mehrheit im Folketing zu finden.

Versucht man eine Bewertung dieser ersten Plenardebatte zu Richtlinien-Vorschlägen im Bereich des Binnenmarkts, so ist zunächst festzuhalten, daß es sich – sieht man von den Beiträgen der Fortschrittspartei und des Gemeinsamen Kurses ab – um eine sehr sachliche und konstruktive Diskussion gehandelt hat. Außerdem ist es gelungen, übergeordnete politische Aspekte einzubringen. Das gilt in erster Linie für die Diskussion über die Vorschläge zur Steuerharmonisierung, wo eben nicht nur (steuer)technische Details, sondern auch und vor allem die grundsätzlichen Fragen, die sich damit verbinden – Stichwort: Eingriff in die Steuerungsmöglichkeiten des Nationalstaats – thematisiert wurden. Darüber hinaus gab es aber auch wichtige Hinweise und Nachfragen über die Auswirkungen der vorgeschlagenen Regelungen im einzelnen, häufig bezogen auf die besonderen nationalen Voraussetzungen sowie mit Blick auf die konkrete Umsetzung und Durchführung einzelner Bestimmungen. So warf der Sprecher der Sozialistischen Volkspartei bei seinen Ausführungen zu den drei Vorschlägen für den Baubereich die Frage nach den Auswirkungen auf den skandinavischen Markt und die dänischen Versicherungsregelungen für Bauschäden auf³². Die Sozialdemokraten forderten nähere Auskünfte über den in Artikel 19 der Richtlinie über die Harmonisierung der Gesetzgebung bei Bauprodukten vorgesehenen Ausschuß, hauptsächlich über den geplanten Abstimmungsmodus (qualifizierte Mehrheit oder Einstimmigkeit) und seine Konsequenzen³³.

Die Parlamentswahlen vom September

Vorgezogene Wahlen sind für Dänemark nicht besonders ungewöhnlich, und auch die Tatsache, daß die neue Regierung von den gleichen vier Parteien gebildet wurde, läßt nicht auf Veränderungen schließen. Das Wahlergebnis³⁴ ist den-

noch recht interessant und könnte auch Auswirkungen auf die Außen- und EG-Politik des Landes haben.

Bemerkenswert ist nicht nur, daß die Regierungskoalition, und hier vor allem die Konservative Volkspartei, beträchtliche Stimmenverluste hinnehmen mußte, sondern daß sie die knappe Mehrheit im Folketing verlor, die sie bisher zusammen mit den sie unterstützenden Radikalliberalen innehatte. Die bürgerlichen Parteien verfügen nur noch über eine Mehrheit von 90 zu 85 Abgeordneten, wenn man Glistrups rechte Fortschrittspartei mitrechnet, mit der aber wiederum die Radikalliberalen unter gar keinen Umständen zusammenarbeiten wollen. Die Radikalliberalen haben sich angesichts dieser Situation dafür entschieden, die Regierung nur noch von Fall zu Fall zu unterstützen und Ministerpräsident Schlüter aufgefordert, die Sozialdemokraten aktiv in die Gesetzgebungsarbeit einzubeziehen, um auf diese Weise mehr Stabilität zu schaffen³⁵. Das bedeutet, daß die Koalition in außenpolitischen Fragen, in der Sicherheits- wie in der EG-Politik, sich künftig ihre Mehrheiten noch stärker als bisher von Fall zu Fall suchen muß und noch mehr als bisher auf die Unterstützung der Sozialdemokraten angewiesen sein wird.

Interessant für den Bereich der EG-Politik ist der Einzug der erstmalig kandidierenden linkspopulistischen Partei „Gewerkschaftlicher Gemeinschaftskurs“ ins Folketing. Sie verfügt zwar nur über vier Mandate, führt aber einen erbitterten Widerstand gegen die EG-Mitgliedschaft Dänemarks, der auch in den zum Teil sehr polemischen Debattenbeiträgen im Parlament seinen Ausdruck findet. Ein gutes Beispiel dafür lieferte die bereits angeführte Erörterung der Binnenmarkt-Richtlinien³⁶. Befürchtungen, daß sich dadurch negative Auswirkungen auf die Parlamentsarbeit ergeben könnten, sind von daher nicht ganz unbegründet³⁷. Außerdem brachte die Partei im Dezember 1987 einen Entschließungsantrag für eine Volksabstimmung über einen Austritt aus der EG im Folketing ein³⁸. Natürlich war klar, daß nicht die geringste Aussicht auf eine Mehrheit dafür bestand. Die erste Debatte darüber im Folketing, im Februar 1988³⁹, war aber dennoch aufschlußreich, und zwar deswegen, weil sich nicht nur die Regierungsparteien, die Radikalliberalen und die Sozialdemokraten dagegen aussprachen, sondern auch die Sozialistische Volkspartei, die sich bisher immer für den Austritt aus der Gemeinschaft eingesetzt hatte⁴⁰. Ihr Sprecher machte deutlich, daß man jetzt, nach zwei – aus der Sicht der EG-Gegner gescheiterten – Volksabstimmungen, sinnvollerweise nur unter den bestehenden Rahmenbedingungen gegen eine Entwicklung hin zur Europäischen Union arbeiten könne.

Zusammenfassung und Ausblick

Eine Bewertung der dänischen Präsidentschaft muß trotz des gescheiterten Kopenhagener Gipfels positiv ausfallen. Bei den auf dieser Tagung des Europäischen Rates diskutierten Problemen gehörte Dänemark zu den Staaten mit einer Zwischenposition, die zwar bereit waren, die Agrarausgaben zu verringern, allerdings nicht die Grundprinzipien der Gemeinsamen Agrarpolitik in Frage stellen

wollten, und mit einer kräftigen Erhöhung der Mittel für die Strukturfonds einverstanden waren, allerdings nicht in dem von der Kommission vorgeschlagenen Umfang. Das Land hat sich in den zentralen Fragen, die dort zur Diskussion standen, als ehrlicher Makler erwiesen, der bereit war, zugunsten eines Kompromisses eigene, nationale Interessen zurücktreten zu lassen. Wenn auch in Kopenhagen keine endgültige Einigung zu erreichen war, so gab es doch eine Annäherung der Standpunkte, die die Voraussetzungen für den Erfolg des Sondergipfels Anfang 1988 geschaffen hat. Die Bilanz im Bereich des Binnenmarkts kann sich ebenfalls sehen lassen. Es wurden beträchtliche Fortschritte erzielt, die sich allerdings in einer ganzen Reihe von Fällen erst 1988 in konkreten Entscheidungen niederschlagen werden. Was die Beteiligung des Folketing an Binnenmarkt-Entscheidungen anbelangt, so hinterlassen die jetzt vorliegenden ersten Erfahrungen einen außerordentlich positiven Eindruck. Gerade weil Parlamentsbeteiligung und -kontrolle in einem materiell so wichtigen Bereich wie dem Binnenmarkt nicht nur wünschenswert, sondern unabdingbar sind, sollten die dänischen Erfahrungen damit weiterhin aufmerksam verfolgt werden.

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu Schumann, Wolfgang: Dänemark, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1986/87 S. 346 ff.
- 2 Vgl. dazu auch Regelsberger, Elfriede: Die Europäische Politische Zusammenarbeit, in diesem Band.
- 3 Udenrigsministeriet, Redegørelse for det danske EF-formandskab i andet halvår 1987, S. 41.
- 4 Vgl. ebd., S. 43.
- 5 Vgl. dazu ausführlich Schumann, Wolfgang: Dänemark in der Gemeinschaft. Bestimmungsfaktoren und Handlungsspielräume dänischer EG-Politik, SWPS 319. Ebenhausen 1985.
- 6 Vgl. Udenrigsministeriet, Redegørelse for det danske EF-formandskab a.a.O. (Fn. 2), S. 15.
- 7 Vgl. ebd.
- 8 Darauf wies Schlüter in seinem Bericht über den Verlauf des Kopenhagener Gipfels vor dem Europäischen Parlament ausdrücklich hin: Tale af statsminister Poul Schlüter i Europa-Parlamentet den 16. december 1987 vedrørende forløbet af mødet den 4. og 5. december 1987.
- 9 Die entsprechenden Überlegungen wurden erst Anfang August abgeschlossen und führten praktisch in allen Fällen zu einer Veränderung von Artikel 100 zu Artikel 100 A.
- 10 Udenrigsministeriet, Redegørelse for det danske EF-formandskab a.a.O. (Fn. 2), S. 7.
- 11 Vgl. dazu Meier, Walter: Der Ministerrat, in diesem Band.
- 12 Sie waren allerdings Gegenstand einer Debatte im Folketing, auf die weiter unten noch ausführlicher eingegangen wird.
- 13 Vgl. dazu auch Schumann, Wolfgang a.a.O. (Anm. 5).
- 14 Vgl. Eksport, Udenrigsministeriets Tidsskrift, Saernummer, 23. juni 1987, S. 27.
- 15 Ebd.
- 16 Ebd.
- 17 Forhandling om redegørelse nr. R 25: Udenrigsministerens redegørelse af 21. maj 1987 om det danske EF-formandskab (Redegørelsen anmeldt 21/5 87. Redegørelsen givet 21/5 87. Meddelelse om forhandling 21/5 87). Fortryk af Folketingets forhandlinger S. 12 761–12 802.
- 18 Ebd. S. 12 764/65.
- 19 Ebd., S. 12 771.
- 20 Ebd. S. 12 791/92.
- 21 Zum Verfahren im einzelnen vgl. Wolfgang Schumann, Dänemark, a.a.O. (Anm. 1).
- 22 Forhandling om EF-direktiver vedrørende byggeprodukter m. m., 8/12 87; Fortryk af Folketingets forhandlinger, S. 3382 und 3390.
- 23 Im einzelnen geht es dabei u. a. um die Angleichung bei der Mehrwertsteuer und die

- Steuern für Alkoholika, Zigaretten und Mineralölprodukte.
- 24 Forhandling om EF-direktiver vedrørende byggeprodukter m. m., a.a.O. (Fn. 22), S. 3386, 3392/93, 3397 und 3404/5.
- 25 Ebd., S. 3394/95 und 3382.
- 26 Forhandling om EF-redegørelse vedrørende moms- og punktafgiftssatserne m. m., 8/12 87; Fortryk af Folketingets forhandlinger, S. 3416 und 3420.
- 27 Ebd., S. 3421.
- 28 Ebd., S. 3431.
- 29 Ebd., S. 3433.
- 30 Ebd., S. 3429.
- 31 Ebd., S. 3426.
- 32 Forhandling om EF-direktiver vedrørende byggeprodukter m. m., a.a.O. (Fn. 22), S. 3388.
- 33 Ebd., S. 3383/84.
- 34 Die Ergebnisse der vorgezogenen Parla-
mentswahlen vom 8. September sind aufgeführt im Europa-Archiv 19 (1987), Z 176.
- 35 Vgl. Stuttgarter Zeitung Nr. 209 v. 11. 9. 87.
- 36 Forhandling om EF-direktiver vedrørende byggeprodukter m. m., a.a.O. (Fn. 22), S. 3405–10 und Forhandling om EF-redegørelse vedrørende moms- og punktafgiftssatserne m. m., a.a.O. (Fn. 26), S. 3433–37.
- 37 Vgl. dazu Agence Europe, Brief Notes No. 988, Denmark, Sept. 1987.
- 38 Forslag til folketingsbeslutning om folkeafstemning om dansk udmedelse af EF af Preben Møller Hansen (FK) m. fl. (Fremsat 17/12 87).
- 39 Første behandling af beslutningsforslag nr. B 69: Forslag til folketingsbeslutning om folkeafstemning om dansk udmedelse af EF; 18/2 88. Fortryk af Folketingets forhandlinger, S. 6850–59.
- 40 Vgl. Schumann a.a.O. (Anm. 5).

Weiterführende Literatur

- Hagel, Annie (red.): EF-modstanden 1972–1986. Bidrag til et stykke Danmarkshistorie. Festskrift til Poul Overgaard Nilsen, Rønde: Hedeskov 1986.
- Petersen, Nikolaj/Thune, Christian (red.): Dansk Udenrigspolitisk Årbog 1986, Jurist- og Økonomiforbundets Forlag 1987.
- Schumann, Wolfgang: Dänemark in der Gemein-

- schaft. Bestimmungsfaktoren und Handlungsspielräume dänischer EG-Politik, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1985.
- Tygesen, S. E.: Den danske EF-beslutningsproces. I: Haagerup, Niels Jørgen/Thune, Christian (red.): Folketinget og udenrigspolitikken. København: DUPI og DJØF 1986, S. 55–67.